

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	198
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	598/2022
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	09.12.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper, BM Fuhrmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Strategische Ziele für die Stadtwerke Stuttgart GmbH und Betrauung der Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 02.12.2022, GR Drs 598/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stimmt der strategischen Neuausrichtung der Stadtwerke Stuttgart GmbH sowie den unter Punkt 2 sowie der Anlage 1 dargestellten ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielvorgaben zu.
2. Die Landeshauptstadt Stuttgart betraut die Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH mit der Erbringung der in Anlage 2 dargestellten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Eingangs begrüßt BM Fuhrmann die Geschäftsführer, für die Stadtwerke Stuttgart GmbH (SWS) Herrn Drausnigg und für die Energiedienste Stuttgart GmbH (EDS) Herrn Schmiedle.

Zur Strategie der SWS macht OB Dr. Nopper zunächst einige Vorbemerkungen (nachfolgend im leicht überarbeiteten Wortlaut):

"Ja, vielen herzlichen Dank Herr Kollege Fuhrmann. Ich möchte eingangs sagen, ich kann nur bis kurz vor 10 Uhr hierbleiben. Sie wissen, heute wird die Neubaustrecke Wendlingen - Ulm eingeweiht mit einem großen Festakt und einem großen Bahnhof in Ulm.

Zur Strategie der Stadtwerke Stuttgart GmbH gestatten Sie mir einige wenige Vorbemerkungen. Wir wollen auf den Tag genau 136 Tage nach dem gemeinderätlichen Beschluss zur Klimaneutralität mit unseren Stadtwerken ein neues Zeitalter einläuten. Wir wollen einen Quantensprung in Richtung Energiewende machen. Wir wollen unsere Energieversorgung stärker in die eigene Hand nehmen und mit einem gewaltigen Kraftakt auf erneuerbare Energien umstellen. Die Stadtwerke sollen von allen Akteuren in der Gesamtstadt den stärksten Einzelbeitrag zur Klimaneutralität leisten, anders formuliert - die Stadtwerke spielen in Sachen Klimaneutralität die Hauptrolle.

Mit den Maßnahmen bei den Stadtwerken und durch die Stadtwerke sollen bis zum Jahr 2035 bis zu 25 %, also bis zu einem Viertel der gesamten CO₂-Emission in unserer Stadt eingespart werden. Dieses sehr ambitionierte CO₂-Reduktionsziel soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden: 1,7 Terawattstunden (TWh), und damit annähernd die Hälfte des Stuttgarter Stromverbrauchs, sollen ab dem Jahr 2035 jährlich durch die Stadtwerke aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. 40.000 Wohnungen, und damit jede achte Stuttgarter Wohnung, sollen klimaneutral mit Wärme versorgt werden. 14.000 Ladepunkte für E-Fahrzeuge sollen errichtet werden, was im Vergleich zum heutigen Bestand eine Verzehnfachung wäre. Alle Umwelt-Wärmequellen im Stadtgebiet sollen erschlossen werden aus Abwasser, Luft, Erde und, wenn möglich, auch aus dem Neckar. Alle Ladesäulen und Wärmeerzeugungsanlagen sollen mit 100 % Ökostrom aus Eigenerzeugung betrieben werden. Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, sollen die Stadtwerke bis zum Jahr 2035 über 3 Mrd. € investieren, diese Investitionen sollen über Fördermittel, über Kredite und über Eigenkapital finanziert werden. Der Eigenkapitalbedarf erhöht sich nach den gegenwärtig vorliegenden Schätzungen auf 300 Mio. €, 100 Mio. € haben Sie bereits bewilligt.

Die Beschäftigtenzahl soll von derzeit rd. 100 auf 450 Beschäftigte bereits im Jahr 2026 anwachsen, was mehr als eine Vervierfachung bedeutet. In allen Bereichen, mit Ausnahme von leitungsgebundenen Wärmeprojekten, werden wirtschaftlich positive Ergebnisse, werden Überschüsse angestrebt und erwartet. Im Wärmesektor sind nur schwer kostendeckende Lösungen darstellbar. Wir erwarten diesbezüglich jedoch Fördermittel von Bund und Land.

Von diesen Stadtwerke-Maßnahmen gehen im Übrigen auch ganz konkrete Vorteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher aus. Sie erhalten sowohl ökologische als auch bezahlbare Wärmelösungen. Sie können energieautark werden, wenn sie das anstreben, und sie können, was in diesen Zeiten von großer Bedeutung ist, sie können mit stabileren und planbaren Energiekosten rechnen. So viel von meiner Seite."

Anschließend stellt Herr Drausnigg die Strategieziele anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt. Ergänzend informiert Herr Schmiedle zum Aufbauprogramm. Er bittet den Ausschuss, den Aufbau-

prozess zu unterstützen, um die Ziele erreichen zu können. Herr Drausnigg betont, mit den SWS habe die Stadt ein Instrument, um die Klimawende voranzutreiben. Insofern sehe er die richtige Ausrüstung der SWS als alternativlos an.

BM Fuhrmann ergänzt, der Aufsichtsrat der SWS habe sich sehr ausführlich mit der Strategie beschäftigt und nach zwei Sondersitzungen den einstimmigen Beschluss gefasst, diese Strategie zu unterstützen.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die Ausführungen und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit.

StRin Fischer (90/GRÜNE) erklärt, die Stadt habe nun mit dem Ziel Klimaneutralität 2035 die Grundpfeiler gesetzt. Sie spricht den Beteiligten in den SWS Dank und Lob für die rasche und differenzierte Ausarbeitung aus. Einsparungen von rd. 20 % seien sehr ambitioniert, und damit dies gelinge, müssten weiteres Personal eingestellt und weitere Finanzierungsquellen, z. B. die Bundesförderung für effiziente grüne Wärmenetze, erschlossen werden. Eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Stadt müsse im Hinblick auf benötigte Flächen sichergestellt sein. Nach der exzellenten Vorarbeit der SWS sei nun die Stadt – der Oberbürgermeister – am Zug, dies über den Lenkungskreis Energie bis in alle Verwaltungseinheiten zu tragen. Sie weist darauf hin, dass bis 2035 nicht mehr allzu viel Zeit bleibe. Wenn nicht alles dafür getan werde, das Ziel zu erreichen, machten sich Stadt und Gemeinderat unglaubwürdig. Die Energiewende brauche viel Strom. Man müsse also bei den Windkraftanlagen schnell vorankommen, um alle Energiequellen zur Wärmegewinnung ausschöpfen zu können. Den SWS müsse der Rücken freigehalten werden, damit sie sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könnten.

Hierzu bemerkt OB Dr. Nopper, neben den Beteiligten bei der SWS hätten auch der Aufsichtsratsvorsitzende der SWS, BM Fuhrmann, und der neue Referatsleiter, Herr Körner, diesbezüglich sehr gute Arbeit geleistet.

Wie OB Dr. Nopper sieht auch StRin Porsch (CDU) das gesteckte Ziel als Quantensprung an. Sie lobt die Entwicklung eines Strategiepapiers innerhalb eines halben Jahres. Nun müsse das erforderliche Personal gefunden und eingestellt werden, vielleicht indem man kleinere Stadtwerke übernehme. Für die Finanzierung von immerhin 3 Mrd. € wünscht sie den SWS viel Erfolg. Ihre Fraktion halte den eingeschlagenen Weg für richtig, und der Beschluss müsse nun umgesetzt werden. Wichtig sei auch die volle Unterstützung der gesamten Stadtverwaltung. Das Projekt müsse oberste Priorität haben.

Ein Herzensanliegen seiner Fraktion sei es seit langem, starke Stadtwerke aufzubauen, betont StR Dr. Jantzer (SPD). Nun treffe man eine Grundsatzentscheidung, die in diese Richtung führen könne. Er korrigiert die Aussage von StRin Fischer dahingehend, dass die systematische Vorbereitung auf diesen Prozess bereits mit Antritt der neuen Führung der SWS begonnen habe. Dies bedeute den Aufbau von Personal und die Schaffung eines passenden Finanzrahmens. Er erinnert an einen Antrag seiner Fraktion Anfang 2022 auf 300 Mio. € für die Eigenfinanzierung. Wichtig sei nun eine klare Orientierung: Die SWS setzten auf eine Wärmeerzeugung durch alle in der Stadt vorhandenen erneuerbaren Wärmequellen, u. a. den Neckar, den Nesenbach, das Abwasser, alle wassergeführten Quellen. Seine Fraktion werde auch im Aufsichtsrat massiv drängen, das nun Versprochene konsequent anzugehen. Die Strategie werde in kurzen Zyklen immer wieder überprüft werden müssen. Mit Blick auf einen weiteren Antrag seiner Fraktion erklärt er, die dauernde Veränderung der Rahmenbedingungen erfordere eine

Taskforce. Momentan trauten sich die SWS in Stuttgart zu, 10 % der Wärme zur Verfügung zu stellen. Aber die übrigen 90 % müssten in den nächsten zwölf Jahren ja ebenfalls kommen. Diesen Prozess – Beratung, finanzielle Unterstützung, Förderprogramme sowie ordnungspolitische Maßnahmen - könne nur die Stadtverwaltung führen. Und sie hätte damit unmittelbar nach dem Beschluss hinsichtlich 2035 beginnen müssen. Ihm sei durchaus klar, dass das zentrale Hemmnis hier das ausgelastete Handwerk sei. Dennoch müsse der Prozess systematisch von oben nach unten gestartet werden. Die Menschen müssten das Gefühl haben, dass sich die Mitwirkung lohne. Sehr viele Menschen begännen sehr gerne bei den SWS, weil diese eine klare Orientierung gebe. Insofern rechne er bei den SWS nicht mit Rekrutierungsproblemen. Hier habe OB Dr. Nopper eine ganz entscheidende Rolle inne. Aktuell sehe er aber noch kein Konzept zur Rekrutierung von Mitarbeitern und dem Aufbau des Handwerks. Hier sei auch die Abt. Wirtschaftsförderung gefragt. Man müsse in die Stadtgesellschaft kommunizieren, dass die Stadtwerke künftig nur in strombasierte Erzeugungsanlagen investieren würden, da dies ökonomisch sinnvoll und notwendig sei. Dies gelte auch für den privaten Bereich. Die Stadtverwaltung sei gefordert, die Arbeit der SWS konstant zu begleiten.

Als ein gutes Zeichen in die Stadtgesellschaft wertet StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) das Einvernehmen des Gemeinderats, die Zielvorgaben umzusetzen. Ein großes Potenzial hierfür biete die Motivation der Mitarbeitenden. Angesichts der steigenden Energiepreise halte sie es für richtig, wenn die SWS einen Betrag dazu leiste, andere Energiequellen als Gas bereitzustellen, die zudem bezahlbar seien.

Ein guter Tag für die Entwicklung hin zum Ziel 2035 sei es nur, so StR Dr. Oechsner (FDP), weil die Stadt die SWS mit guter Führung habe, die offensichtlich begreife, dass man das Ziel nur mit Partnern erreichen könne. Allerdings werde man allein mit den SWS nicht das gesamte Projekt, 2035 klimaneutral zu sein, schultern können. Sehr problematisch werde, wenn man den Arbeitsmarkt nur ein klein wenig kenne, der geplante Personalaufbau von 100 auf 450 Beschäftigte sein. Wichtig sei deshalb, mit den auf dem Markt vorhandenen Partnern zu kooperieren, z. B. mit der EnBW. Er betont explizit, dass es bei Planungen und Genehmigungen keine Bevorzugung der SWS durch die städtischen Ämter geben werde. Zwar werde man den SWS finanziell unter die Arme greifen müssen, doch sei auch der Energiebereich ein Wirtschaftsbereich, der somit eine gewisse Rendite erwirtschaften müsse. Nur mit Zuschüssen aus Steuergeldern könne dies auch eine wohlhabende Stadt wie Stuttgart nicht weiterführen.

StR Ozasek (PULS) würdigt den historischen Schritt von einem "Rumpfstadtwerk" bzw. einer kleinen Beteiligungsgesellschaft zu einem "Vollstadtwerk", der in erster Linie der Arbeit der neuen Geschäftsführer und ihrem Team zu verdanken sei. Infolge der früheren Privatisierung sei die Energie- bzw. Wärmewende in Stuttgart nicht vorangekommen, es gebe zu wenig Photovoltaikanlagen und nur ein einzelnes kleines Windrad, das mit den SWS nun ertüchtigt werde. Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine zeige, wie vulnerabel – auch ökonomisch - die Stadt sei. Stuttgart sei in höchstem Maße von fossiler Energie abhängig. Es zeige sich, dass der Landeskonzern EnBW, der auf hochgiftiges Fracking-Erdgas setze, kein Partner oder gar Motor für den Klimaschutz sei. Nun sollten die SWS Motor der Energie- und Wärmewende werden, als erstes städtisches Unternehmen, das seine Geschäfts- und Investitionsstrategie auf den politischen Beschluss skaliere, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Ein Commitment mit der Beteiligungsverwaltung solle garantieren, dass die Investitionen getätigt werden könnten. Er begrüßt den Strategiewechsel, mit dem sich die Stadt endlich vom Erdgas

löse und sich den Umweltwärmepotenzialen zuwende. Die Wärmepumpe sei die entscheidende Technologie zur Dekarbonisierung des Wärmesektors. Nicht zuletzt solle die Energiewende so regional wie möglich erfolgen. Zukunftsinvestitionen folgten erneuerbarer Energie. Ein Thema werde künftig auch Agri-Photovoltaik sein, ebenso tiefe geothermische Potenziale. In der Geschäftsfeldstrategie für den Wärmesektor werde keine Renditeverpflichtung mehr vorgeschrieben. Angesichts der hohen Investitionen müsse man über alternative Finanzierungsmodelle sprechen. Hier ruft er den gemeinsamen Antrag von PULS und CDU zur Klimaanleihe in Erinnerung. Die SWS müssten sich zu einem großen Ausbildungsbetrieb entwickeln. Offen seien noch einige Punkte, z. B. müssten 90 % der Wärmewende über private Investitionen erfolgen. Damit die Wärmepumpe funktioniere, sollten die SWS evtl. die Gebäudesanierung im großen Stil in die Geschäftsfeldentwicklung einbeziehen. Dem vom Gemeinderat gesetzten Ziel entsprechend müssten die SWS bereit sein, das Fernwärmenetz zu übernehmen. Einen Dissens sehe er im Bereich der Mobilitätswende, hier sollte der Fokus nicht auf den Fahrzeugantrieb, sondern auf die Mobilitätskultur gelegt werden. Nach Ansicht seiner Fraktion sei die autogerechte Stadt grundsätzlich inkompatibel mit der notwendigen Transformation zur Klimaneutralität. Im Hinblick auf die soziale Frage seien die Zielaussagen sehr dünn. Hier brauche man z. B. budgetneutrale Vorfinanzierungen, Energieanlagen- und Sanierungscontracting. Ein Update wünsche er dem Gesellschaftsvertrag der SWS, denn deren Geschäftsziele seien nicht mit der Strategie kompatibel. Dort heiße es immer noch, dass die SWS die Menschen mit Erdgas versorgen wollten. Abschließend dankt er auch BM Fuhrmann, der als Aufsichtsratsvorsitzender Wesentliches bewegt und die politischen Lager zusammengebunden habe.

Skeptischer als andere beurteilt StR Zaiß (FW) die Umsetzung der Energiewende. 2035 sei ein wichtiges Datum, auf das man hinarbeiten sollte, auch wenn man die Klimaneutralität vielleicht erst 2036 oder 2037 erreiche. Er frage sich jedoch, wo die hierzu benötigten Flächen seien. Enteignung sei keine Option. Man müsse mit den Betroffenen zusammenarbeiten. Für ein Gelingen unabdingbar seien schnellere Genehmigungen. Wichtig sei, nun alles zu tun, was notwendig und möglich sei. Zur Nutzung der Neckarwärme merkt er an, der Neckar sei im Sommer warm, doch brauche man die Wärme im Winter. Gleichermaßen verhalte es sich mit der Luft. Im Durchschnitt würde die vorhandene Wärme ausreichen, doch müsse man sie irgendwo speichern. Die EnBW sei in öffentlicher Hand, mit ihr müsse man zusammenarbeiten. Ohne sie werde man die Übergangszeit nicht bewältigen. Die Kosten für PV-Anlagen seien immens, und die Stadt könne diese nicht unbegrenzt subventionieren. Zudem müsse auch ein energiewirtschaftliches Unternehmen eine Rendite abwerfen. Grundsätzlich gelte es, mit Augenmaß und schnellstmöglich vorzugehen.

Mit Blick sowohl auf die hohen Energiepreise als auch die technischen Fragestellungen äußert sich auch StR Köhler (AfD) skeptisch. Hier fehlten langfristige Erfahrungen, etwa bezüglich des Unterhaltungsaufwands und der Kostenentwicklung. Die Forderung nach der Erschließung eigener Energiequellen bzw. Kraftwerke entbehre für ihn nicht einer gewissen Ironie, da man andererseits aus Kraftwerken - Kohle, Kernenergie - aussteigen wolle. Zu Fracking merkt er an, dabei handle es sich um eine - in anderen Ländern verbreitete - Standardtechnologie, in deren Zusammenhang keine Unglücke oder Vergiftungserscheinungen bekannt geworden seien. Insofern sei er auch deshalb skeptisch, weil die technologischen, weltweit angewandten Standards wie z. B. Kernenergie und Fracking in der Vorlage in keiner Form berührt würden, auch nicht als Option. Äußerst besorgt sei er ob der langfristigen Energiepreise. Er halte alle Konzeptionen, die

auf Kernenergie und Frackingtechnologie verzichteten, für unrealistisch, und werde aus diesem Grund die Vorlage ablehnen.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss erläutert Herr Drausnigg, aufgrund der klaren Strategie sei die Zahl der Bewerbungen, auch Initiativbewerbungen, merklich gestiegen. Die Umsetzung werde nur mit Partnern gelingen, dies könnten sowohl große Partner als auch kleine Betriebe sein. Hier sei Flexibilität gefragt.

Im Hinblick auf die Energieerzeugung gebe es Projekte, doch sei nicht alles, was auf dem Markt angeboten werde, auch gut. Hier gelte es zu prüfen. Die SWS seien bereits so ausgestattet, dass sie auf gute Angebote reagieren könnten. Diesbezüglich könne demnächst im Aufsichtsrat über einige Themen - Windenergie, PV-Anlagen - evtl. schon entschieden werden.

Abschließend betont er, die Strategie der SWS sei nicht "in Stein gemeißelt". Es werde laufend geprüft und nachjustiert. Entscheidend sei nun, dass nachdem die Eckpunkte sauber gesetzt seien, mit der Umsetzung begonnen werde.

BM Fuhrmann bedankt sich seinerseits bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWS sowie der Beteiligungsverwaltung für ihre außerordentliche Leistung und stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmt dem Beschlussantrag mit 1 Gegenstimme mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
SWS
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Amt für Revision
 3. L/OB-K
 4. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand